

# So kam es zum Eklat zwischen Zürich und dem Bundesrat

**Medizinische Versorgung** Der Kanton Zürich will weiterhin nicht dringende Operationen durchführen. Dies, obwohl Bundesrat Alain Berset den Verzicht fordert, weil in der Westschweiz immer mehr Spitäler am Anschlag sind.

Markus Brotschi, Susanne Anderegg und Philippe Reichen

Der Ärger stand Gesundheitsminister Alain Berset am Mittwoch ins Gesicht geschrieben. Obwohl Westschweizer Spitäler dringend auf Entlastung angewiesen sind, lassen einige Deutschschweizer Kantone in ihren Spitälern noch immer Wahleingriffe und nicht dringende Operationen zu. Damit müsse nun Schluss sein, sagte Berset. Seine Kritik richtet sich vor allem an den Kanton Zürich.

Doch die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli weist die Order aus Bern zurück: «Es ist derzeit nicht nötig, alle elektiven Eingriffe abzusagen. Die Zürcher Spitäler reagieren flexibel nach Bedarf», sagte sie am Donnerstag auf Anfrage. Auch für die Nicht-Corona-Patienten müsse die Versorgung sichergestellt werden. Es gelte zu vermeiden, dass sich die Leute wie im Frühling nicht mehr ins Spital wagten, obwohl sie eine Behandlung nötig hätten. Auch der Thurgauer Gesundheitsdirektor Urs Martin weist die Kritik Bersets zurück. Der Moment für die Verschiebung von Wahleingriffen sei noch nicht gekommen, sagte Martin gegenüber CH Media.

## Genfs Unispitäler am Limit

Auslöser für Bersets Appell an die Deutschschweizer Kantone ist ein Hilferuf aus Genf. In den Genfer Universitätsspitalern spitzt sich die Situation seit Tagen zu. Aktuell sind 550 Corona-Patienten in Spitalpflege, 25 liegen auf der Intensivstation. Genfs Universitätsspital arbeiten am Versorgungslimit. Darum haben sie am Dienstag das Zürcher Universitätsspital (USZ) gebeten, einen Patienten überstellen zu können. Recherchen zeigen, dass die Zürcher sich zunächst weigerten, den Patienten bei sich aufzunehmen. Das bestätigt auch der Genfer Gesundheitsdirektor Mauro Poggia.

Als Poggia von der Absage aus Zürich erfuhr, kontaktierte er gemäss eigenen Aussagen am Mitt-



Gesundheitsminister Alain Berset: Auslöser für seinen Appell an die Deutschschweizer Kantone ist ein Hilferuf aus Genf. Foto: Keystone

woch seine Zürcher Amtskollegin Rickli und bat um Hilfe. Zudem intervenierte er bei Gesundheitsminister Alain Berset und informierte Lukas Engelberger, den Präsidenten der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Poggias Aktion zeigte offenbar rasch Wirkung. Bereits am Mittwoch habe sich das Zürcher Universitätsspital bereit erklärt, zwei Genfer Patienten aufzunehmen, worüber man sehr froh sei, sagt Poggia.

Das USZ teilte am Donnerstag auf Anfrage mit, man habe keine Kenntnisse vom Fall, den Poggia beschreibe. «Die Solidarität und gegenseitige Unterstützung der Spitäler ist dem USZ ein grosses Anliegen, und es engagiert sich entsprechend. So übernimmt das

USZ selbstverständlich Patientinnen und Patienten anderer Spitäler», schreibt die Medienministerin Lukas Engelberger, den Präsidenten der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Poggias Aktion zeigte offenbar rasch Wirkung. Bereits am Mittwoch habe sich das Zürcher Universitätsspital bereit erklärt, zwei Genfer Patienten aufzunehmen, worüber man sehr froh sei, sagt Poggia.

## Rickli: «Wir haben Platz»

Laut den Genfer Universitätsspitalern konnten am Donnerstag drei Patienten in Deutschschweizer Spitäler verlegt werden. Damit seien in Genf wieder dringend benötigte Intensivpflegebetten frei, sagte eine Spitalsprecherin. Die Betroffenen wurden am Donnerstagnachmittag von Genf nach Zürich und eine weitere Person nach Bern ge-

bracht. Gleichentags verständigten sich laut Poggia die Direktoren der Schweizer Universitätsspitäler, wie sie sich bei der Verteilung von Corona-Patienten künftig koordinieren wollen.

Rickli versicherte am Donnerstag, dass Zürich solidarisch sei: «In Notsituationen sind wir bereit zu helfen. Wir haben Platz und gehen auf entsprechende Anfragen ein.» Auch der Thurgauer Gesundheitsdirektor versicherte gegenüber CH Media, dass bei Bedarf rasch Platz geschaffen werden könne. Der Thurgau sei bereit, Patienten aus anderen Kantonen aufzunehmen. Die Fachleute von Ricklis Gesundheitsdirektion erwarten, dass die Zahl der Hospitalisatio-

nen auch im Kanton Zürich weiter steigen wird. Die Spitäler würden deshalb nun sukzessive geplante Operationen sistieren.

Ein Grund, warum sich einige Kantone weigern, auf nicht dringende Eingriffe zu verzichten, ist die Angst vor finanziellen Verlusten. Denn als der Bundesrat im Frühling den Spitalern einen Operationsstopp verfügte, blieben viele Spitalbetten leer. «Der Bundesrat ist bis heute nicht bereit, die Spitäler für die entstandenen Einnahmenschwünge zu entschädigen», kritisiert Rickli. Dass ausgerechnet die Spitäler, die um das Überleben der Covid-Patienten kämpften, kein Corona-Geld vom Bund erhielten, sei stossend.

## «Es war von Anfang an klar, dass die Regel absurd wird»

**Einreise aus Risikoland** FDP-Ständerat Andrea Caroni kritisiert die Quarantäneregelungen des Bundesrats.

An diesem Donnerstag sitzen noch immer über 8000 Eingereiste in Quarantäne. Und selbst wenn sie aus einem Risikoland kamen, das keines mehr ist, müssen sie alle zehn Tage absitzen. Der Fall eines Paares aus Luzern zeigt, dass es schwierig ist, die Quarantäne anzufechten, bevor sie vorbei ist.

Das Paar war am vorletzten Sonntag von den Kanarischen Inseln zurückgekehrt und musste sich umgehend in Quarantäne begeben. Dabei war die Infektionsrate in Spanien mit 472 Ansteckungen pro 100'000 Personen innert vierzehn Tagen deutlich tiefer als jene in der Schweiz mit 763 Ansteckungen. Der Bundesrat setzte aber seit Anfang Juli alle Länder mit einer

Rate von über 60 Ansteckungen auf seine Risikoliste – und hatte diese Regelung auch nicht angepasst, als die Schweiz selber zum Risikoland wurde. Wohl haben die Luzerner Behörden umgehend auf das Gesuch des Paares reagiert. Sie haben aber erklärt, es liege nicht in ihrer Kompetenz, über die Quarantäne zu entschei-

den, es gelte automatisch die Verordnung des Bundesrats.

So gibt es für Personen, die aus einem Land mit einer tiefen Infektionsrate in die Schweiz eingereist sind, nur eine Möglichkeit, gegen eine Quarantäne vorzugehen: «Sie verstossen dagegen und verlassen zum Beispiel ihre Wohnung», sagt Andrea Caroni. Er ist nicht nur Anwalt des Paares, er beschäftigt sich auch als FDP-Ständerat und Präsident der Staatspolitischen Kommission mit Rechtsfragen. Wenn man dann eine Busse erhalte, könne man sie anfechten – und habe gute Chancen zu gewinnen.

Letzte Woche hat der Bundesrat die Kriterien für Risikoländer geändert: Nun setzt er nur noch Staaten oder Regionen auf die

Liste, deren Ansteckungsrate um 60 Fälle über jener der Schweiz liegt. So muss niemand mehr in Quarantäne, der aus einem Land mit einer tieferen Ansteckungsrate einreist. Dennoch will Caroni vom Bundesrat wissen, weshalb er so lang an seiner Regelung festgehalten und die neue nicht wenigstens rückwirkend eingeführt hat. «So wären sofort Tausende aus der Quarantäne entlassen worden, es wäre zur grössten Gefangenenerlöschung in der Schweiz gekommen.» Um Antworten darauf zu bekommen, wird er eine Interpellation einreichen. «Würde der Bundesrat sein Versäumnis eingestehen, wäre dies eine Genugtuung für alle jene, die zu Unrecht in Quarantäne sassen.»

Das BAG sagt dazu, es habe die Regelung so schnell umgesetzt wie möglich – schliesslich sollte sie Bestand haben. Zudem sei es üblich, dass Anpassungen bei der Quarantänepflicht nicht rückwirkend erfolgten.

Caroni kann das nicht nachvollziehen: «Es war von Anfang an klar, dass die Regel absurd wird, sobald die Schweiz selber zum Risikoland wird.» Schliesslich sei jedes Land mit einer tieferen Ansteckungsquote sicherer. Was ihn besonders stört: Die Regelung habe tief in die persönliche Freiheit eingegriffen, ohne dass sie das bewirkte, was sie sollte: Die Pandemie bekämpfen.

Janine Hosp

## Bundesamt für Gesundheit verschwiegen Zahlen

**Covid-19** Das BAG wusste von Daten, die den Nutzen der Reisequarantäne infrage stellen.

Der Hinweis kam aus einer kantonalen Verwaltung: Nur ein Prozent aller Menschen, die sich in Quarantäne befänden, würden an Covid-19 erkranken. Als diese Zeitung am 24. September die Bundesbehörden damit konfrontierte, antwortete das Bundesamt für Gesundheit (BAG): «Wir haben keine Zahlen dazu.» Mit Verweis auf diese Antwort liess das Bundesamt auch die Frage offen, ob die Quarantäne als Instrument zur Eindämmung der Pandemie weiterhin zu rechtfertigen sei.

Inzwischen ist klar geworden: Bereits damals wusste das BAG von Daten, die den Nutzen dieser Massnahme quantifizierten. Kritiker sagen: als praktisch wirkungslos entlarvt. Am 17. September, also eine Woche vor der Anfrage, hatte das Bundesamt mit Kantonsärzten über die Reisequarantäne diskutiert, in die sich seit Juli Zehntausende von Schweizern nach einer Reise in ein Risikoland begeben mussten. Ein Kanton rechnete vor, 0,4 Prozent der Personen, die zwischen dem 2. Juli und dem 2. September dieser behördlichen Anordnung Folge leisten mussten, seien tatsächlich Corona-Fälle gewesen. Das BAG habe die Zahlen ebenfalls geprüft und sei auf einen leicht höheren Wert von gut 0,8 Prozent gekommen, schreibt die «NZZ am Sonntag», die diese Zahlen am Wochenende publik gemacht hat, gestützt auf ein internes Protokoll des BAG.

## Keine «solide Aussage»

Das Bundesamt hatte also Kenntnis von den erwähnten Daten, als es am 24. September versicherte, keine Zahlen zur Wirkung der Quarantäne zu haben. Warum hat es dies getan? Wollte es die Bevölkerung über eine relevante Information im Dunkeln lassen? Das BAG bezeichnet den Wert von 0,8 Prozent als Schätzung, die dank einer «sehr überschlagsmässigen Plausibilisierung» zustande gekommen sei. Sie basiere auf unvollständigen Informationen und erlaube daher keine «solide Aussage». «Es war nicht unsere Absicht, der Öffentlichkeit etwas vorzuenthalten», sagt BAG-Sprecher Yann Hulmann.

Warum das BAG an der Reisequarantäne festgehalten hat, geht aus dem Sitzungsprotokoll vom 17. September hervor, das dieser Zeitung vorliegt. Laut BAG gibt es bei der Beurteilung zwei Seiten: «die evidenzbasierte Effizienz/Wirksamkeit und das politische und psychologische Ziel/Effekt. Es war eher eine politische Entscheidung.» Das BAG wertet die Reisequarantäne als Erfolg, weil die Reisetätigkeit in Risikoländer «als Reaktion auf die Quarantänepflicht abnahm».

Ausgestanden ist der Fall für das Bundesamt damit aber nicht. Wenn nächste Woche die Gesundheitskommission des Ständerats tagt, wird sich Berset wohl erklären müssen. «Ich erwarte Aufklärung», sagt Kommissionsmitglied Damian Müller (FDP). Er selber habe die Erfahrung gemacht, dass das Departement Berset auf kritische Fragen gezielt ausweiche oder jeweils vage antworte, etwa bei der Erarbeitung der Corona-App-Gesetzgebung.

Stefan Häne



Anwalt und FDP-Ständerat Andrea Caroni. Foto: Keystone